

Hamburger Appell

Staatlich verantwortete Weiterbildung vor dem Abgrund - die Politik muss dringend handeln!

Unser Ziel: Nachhaltige Verbesserung der Lage der Lehrenden und der Träger der staatlich verantworteten Weiterbildung, insbesondere der Integrations- und Berufssprachkurse des Gesamtprogramms Sprache im Auftrag der Bundesregierung für Migrant*innen und Geflüchtete.

Aktuelle Situation: gesellschafts- und bildungspolitisch skandalöse Beschäftigungsbedingungen für die fast 15.000 Lehrenden im Gesamtprogramm Sprache:

Bedingungen der Lehrenden:

Prekär Honorar-Beschäftigte erhalten derzeit 42,23 € pro Unterrichtsstunde (netto kaum mehr als 20 €), zahlen ihre gesamten Sozialversicherungsbeiträge selbst, haben kein Einkommen im Krankheitsfall, tragen das volle unternehmerische Risiko – oder

Prekär Angestellte haben meist nur befristete Verträge, arbeiten häufig 40 oder mehr Unterrichtseinheiten pro Woche bei Vollzeit, haben keine bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit für den Unterricht, d.h. reale Arbeitszeiten von bis zu 60 Zeitstunden pro Woche, treiben Raubbau an ihrer Gesundheit / Bruttogehalt: oft nicht über 3000 €.

Als **Folge der Pandemie** hat sich die Lage sowohl der Lehrenden als auch vieler Weiterbildungsbetriebe noch einmal drastisch verschärft. Viele Lehrende sind überschuldet und in Existenznot geraten.

Lehrkräftemangel: Es beginnt eine verstärkte Abwanderung von hochqualifizierten Lehrkräften aus dem Gesamtprogramm Sprache- und dem Erwachsenenbildungsbereich in andere Wirtschaftsbereiche – und das bei gleichzeitig massiver Steigerung der Zuwanderung nach Deutschland.

Das ist ein **selbstgemachter Fachkräftemangel**, der zur Folge hat, dass die notwendige Befähigung der aktuell Eingewanderten für den Arbeitsmarkt nicht in dem dringend nötigen Umfang erfolgen kann. Mit weitreichenden negativen volkswirtschaftliche Folgen.

Handeln jetzt: Die politischen Entscheidungsträger sind daher aufgefordert, massiv in eine bessere Finanzierung der staatlich verantwortete Weiterbildung zu investieren. Hierzu gehören eine deutliche Verbesserung der Bezüge der Lehrenden und eine verbindliche Obergrenze der wöchentlich zu leistenden Unterrichtsstunden.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

Eine gesetzliche Verbesserung der Bedingungen in der staatlich verantworteten Weiterbildung mit:

1. Bundestariftreuegesetz (nur noch Träger mit Tarifverträgen bekommen Mittel aus der öffentlichen Hand)
–mit einem von den Gewerkschaften und dem Unternehmensverband verhandelten Branchentarifvertrag orientiert am TVöD / Wettbewerb der Träger erfolgt über Qualität, nicht über den Preis
2. Deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger - unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben
3. max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche bei Vollzeitstelle als verbindliche Vorgabe
4. 71,70 € Honorar pro UE bei allen staatlich finanzierten Erwachsenenbildungsangeboten
5. Träger werden befähigt, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren
6. Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Weiterentwicklung der Lehre
7. Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände und der Beschäftigten. Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung

QR Code scannen und Hamburger Appell unterzeichnen!

